



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

**An die
Medien**

Dortmund

24.05.06

Presseinformation

Neue Landesregierung spart 17 Millionen bei Maßregelvollzug - SPD und Grüne sehen Sicherheit gefährdet

Zu den von der Landesregierung angekündigten Kürzungen im Maßregelvollzug erklären die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Birgit Unger, SPD-Ratsmitglied und Mitglied im Forensikbeirat Michael Taranczewski sowie Barbara Blotenberg, Mitglied der GRÜNEN im Forensikbeirat:

Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD im Rat sind besorgt über Ankündigungen, nach denen das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium ab 2007 jährlich 17 Millionen Euro für die Einrichtungen im Maßregelvollzug sparen will. Schon bei den Beratungen zum Haushalt 2006 hatte die Landesregierung im Maßregelvollzug 11,7 Millionen Euro gekürzt. Zu den betroffenen Einrichtungen zählt auch die erst im Januar eröffnete Forensik in Aplerbeck.

Nach Angaben der Träger müssen bei einer Umsetzung der Sparpläne landesweit bis zu 200 Stellen gestrichen werden. Die Träger befürchten deshalb sowohl Sicherheitsprobleme als auch eine schlechtere und längere Therapie der Patienten. Beides ist nicht hinnehmbar.

Die Planung der Forensik in Aplerbeck ist fünf Jahre von einem 24-köpfigen Planungsbeirat begleitet worden, in dem Fachleute, Politiker, Kirchenvertreter und Nachbarn zusammengearbeitet haben. Die Arbeit des Beirates hat erheblich dazu beigetragen, die anfänglichen Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung zu versachlichen und für eine größere Akzeptanz der Einrichtung zu werben. Diese erfolgreichen Bemühungen der letzten Jahre dürfen nicht im Nachhinein dadurch geschmälert werden, dass nun das Land bei den laufenden Kosten der Einrichtung sparen will. Damit würde den bisherigen Diskussionen ein Teil ihrer Grundlage entzogen.



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Eine fachlich qualifizierte und erfolgreiche Therapieung psychisch kranker Straftäter und die berechtigten Sicherheitsansprüche der Bevölkerung sind nicht voneinander zu trennen, sondern bedingen einander. Deshalb darf daran nicht gespart werden.

Gefordert sind aus Sicht der Fraktionen von GRÜNEN und SPD insbesondere die Dortmunder VertreterInnen von CDU und FDP. Sie stehen in der Verantwortung, auf ihre Landesregierung einzuwirken, damit die Kürzungen nicht umgesetzt werden. Gerade die CDU hatte in der Vergangenheit bei den Beratungen über neue Forensik-Standorte immer betont, dass bei der Sicherheit nicht gespart werden dürfe. So hieß es in einer Presse-Mitteilung der CDU-Landtagsfraktion aus dem Jahr 2000: „Unser Ziel lautet: Wir wollen den Maßregelvollzug in NRW zum sichersten Maßregelvollzug in Deutschland machen.“

An diesem Ziel sollte sich die damalige Opposition und heutige Landesregierung dann auch messen lassen.